



ES WERDE GELD!

DOCH WOHER KOMMT ES?

Sogar mancher Bankangestellte weiss die Antwort nicht.

Fakt ist: Das heutige Geldsystem basiert auf Vertrauen. Doch die Kosten, um dieses Vertrauen zu erhalten, werden immer grösser. Es geht nicht anders, sagt die Politik.

Dem widersprechen die Anhänger der Vollgeld-Theorie.

Mit einer radikalen Geldreform wollen sie den Spekulanten das Spielgeld entziehen und das Finanzwesen stabilisieren.

Text DAVID FEHR Bild BORIS GASSMANN & FABIAN WIDMER

D

ie Antwort auf die Frage nach der Herkunft von Geld sollte zum Allgemeinwissen gehören, schliesslich haben wir alle jeden Tag mit Geld zu tun. Wohin es fliesst und wo es fehlt, liest man täglich in der Zeitung. Doch woher kommt es? «Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh», soll der Autobauer Henry Ford gesagt haben. Die Revolution ist ausgeblieben, die Antwort gehört auch Jahrzehnte nach Henry Ford nicht zum Allgemeinwissen.



In der Schweiz ist das Geldwesen geregelt durch die Bundesverfassung, Artikel 99, Absatz 1: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes; diesem allein steht das Recht zur Ausgabe von Münzen und Banknoten zu.» Die Verfassung spricht nur von Münzen und Banknoten. Von virtuellem Buch- oder Giralgeld, das fast 90 Prozent der für die Realwirtschaft massgeblichen Geldmenge M1 ausmacht – keine Rede.

Buchgeld ist kein gesetzliches Zahlungsmittel Für den Kontoinhaber macht das zunächst keinen Unterschied, er kann mit Buchgeld jederzeit Rechnungen bezahlen oder es in Münzen und Noten umtauschen. Doch anders als Bargeld ist Buchgeld kein gesetzliches Zahlungsmittel: Die Ziffern auf dem Konto sind nur ein Versprechen der Bank, dass sie den Betrag im Bedarfsfall als richtiges gesetzliches Zahlungsmittel liefern kann. Wenn das zu viele Kunden gleichzeitig wollen – man

spricht von einem Bankrun –, kann die Bank ihrem Versprechen nicht nachkommen, und wenn sie bankrott ist, sind alle Guthaben nichts mehr wert. Die gesetzliche Einlagensicherung in Höhe von 100 000 Franken pro Kopf ändert daran wenig, da ihre maximale Haftungssumme auf sechs Milliarden Franken beschränkt ist. Diese reicht aus, wenn es die Alternative Bank mit einer Bilanzsumme von 1,2 Milliarden Franken erwischt. Bei UBS und CS kann sie nur einen Bruchteil der Verbindlichkeiten decken – sie sind «too big to fail».

Das System funktioniert nur, solange die Kunden der Bank vertrauen, die gemachten Versprechungen, also die Verbindlichkeiten, zu erfüllen. Dass dieses Vertrauen seit 2008 auch in der Schweiz schwindet, zeigt der Anstieg der Bargeldmenge von 37 auf über 62 Milliarden Franken. Das zusätzliche Geld wird nicht für Einkäufe von Privaten gebraucht, es wird gehortet – ob versteuert oder schwarz.

Immer mehr Menschen glauben nicht, dass Buchgeld ebenso sicher ist wie Bargeld – ist es auch nicht. Wenn der Bundesrat schreibt: «Es liegt keine Gleichbehandlung von gesetzlichen (Münzen und Banknoten) und faktischen Zahlungsmitteln (Buchgeld der Geschäftsbanken) vor», dann stimmt das nur halb: Im täglichen Gebrauch besteht sehr wohl eine Gleichbehandlung, weil mit beiden bezahlt wird und sie gegenseitig eins zu eins umtauschbar sind. Bei der Sicherheit endet die Gleichbehandlung allerdings: Bargeld ist sicher, Buchgeld nicht.

Da Bargeld von der Zentralbank in Umlauf gebracht wird und Geschäftsbanken nur Vermittler sind, ist es in ihrer Gewinnrechnung vernachlässigbar. Doch Bargeld ist ja nur der kleinste Bestandteil der kaufkräftigen Geldmenge M1. Per Juni 2013 standen den 62 Milliarden Münzen und Noten zusätzlich 477 Milliarden Franken an Giralgeld gegenüber. Woher stammt dieses ganze unbare, virtuelle Geld?

Banken «produzieren» Geld Da Giralgelder keine Münzen und Noten sind, greift Artikel 99 der Bundes-

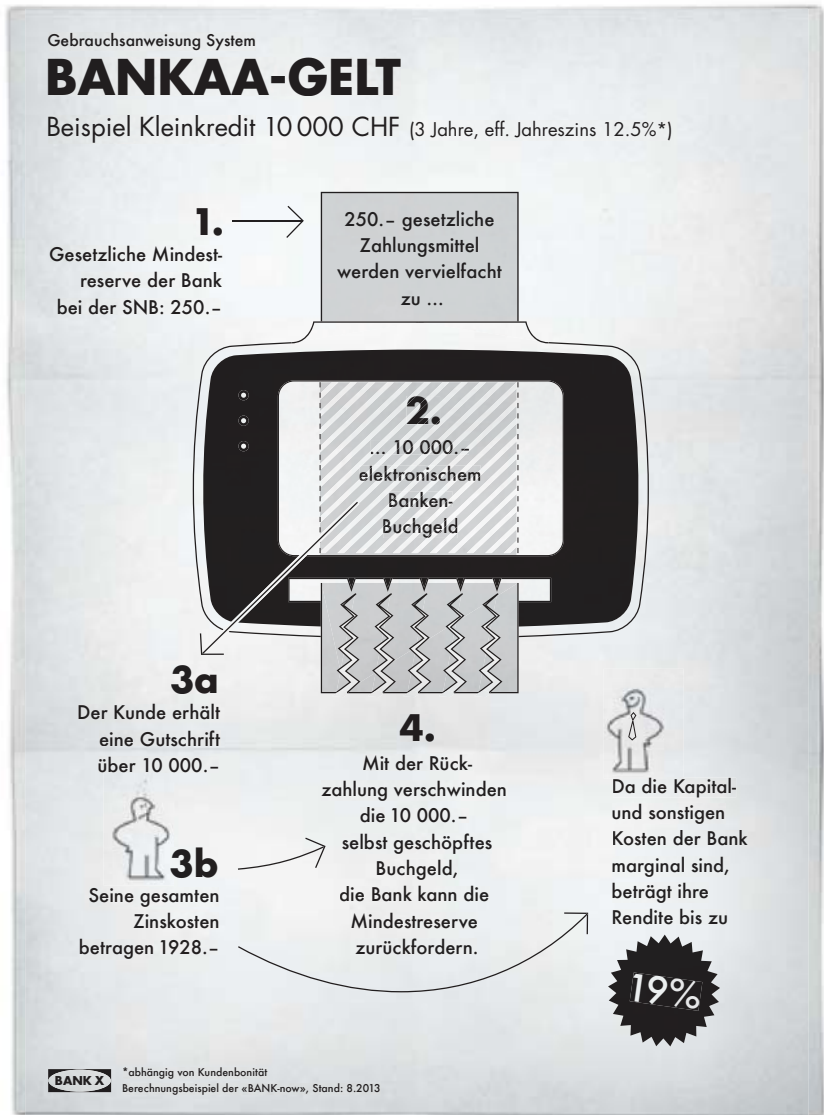
verfassung nicht – eine Verfassungslücke. Wie virtuelles Geld entsteht, erfährt man im Glossar der Schweizerischen Nationalbank (SNB): «Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite gewähren.» Und weiter: «Im Unterschied zur Notenbankgeldmenge bestehen die Geldmengen M₁, M₂ und M₃ hauptsächlich aus Geld, das die Banken geschaffen haben (Geldschöpfung).» Und das zu attraktiven Konditionen: Die Bank muss nur 2,5 Prozent des Betrages als gesetzliche Mindestreserve bei der Notenbank hinterlegen – bei einem Kredit von 10 000 Franken also 250 Franken. Ihren Gewinn erzielt sie durch die Zinsdifferenz: Der Kreditnehmer bezahlt je nach Kreditart jährlich zwischen 8 und 15 Prozent, die Bank aktuell 0,25 Prozent – nicht auf 10 000, sondern auf die 250. Da Geld eine temporär geschaffene Schuld ist, verschwindet es wieder aus der Geldmenge, wenn der Kreditnehmer seine Schuld begleicht.

Banken versorgen aber nicht nur Unternehmen und Private mit Krediten, sondern auch sich selber, wenn sie zum Beispiel an der Börse Eigenhandel betreiben. Wenn sie davon ausgehen, dass die Märkte nach oben zeigen, können sie selber Geld schaffen und es in reale und derivative Finanzprodukte investieren. Auch das Geld, um Staatsanleihen zu kaufen, können sie selber schaffen. Was immer ihr am lukrativsten erscheint. Dieses System nennt sich fraktionales Geldsystem oder multiple Giralgeldschöpfung und kommt in allen entwickelten Volkswirtschaften so zur Anwendung. Multiple, weil mit wenig Reserven ein Mehrfaches geschöpft werden kann. Beim aktuellen gesetzlichen Mindestreservesatz von 2,5 Prozent können aus einem Franken theoretisch 40 neue entstehen.

Und dann kam die Krise Die multiple Geldschöpfung hat der Wirtschaft lange einen guten Dienst getan. Sie ermöglichte, dass in Zeiten starken Wachstums immer ausreichend Kapital vorhanden war und weiter investiert werden konnte. Die verschiedenen Blasen und darauffolgenden Krisen, die alle paar Jahrzehnte auftraten, wurden als Kollateralschäden eines ansonsten guten Systems klassifiziert.

Dann kam die Krise von 2008, die finanzielle Buchwerte und Vertrauen in historischem Ausmass vernichtete. Um Investitionen und damit die Wirtschaft als Ganzes wieder anzukurbeln, wurde Geld billig gemacht wie nie. Nur kam und kommt davon in der Realwirtschaft nicht viel an, sie leidet an einer Kreditklemme. Nicht so die Finanzmärkte, die vom vielen billigen Geld profitieren und wieder Höchststände erreichen. Denn je billiger das Geld ist, desto tiefer ist auch die erforderliche Rendite, damit sich Eigenhandel lohnt. Um solche Minirenditen zu erzielen, helfen Tools wie der Hochfrequenzhandel, der dank hohen Summen und Differenzen von Millisekunden ein sicheres Geschäft ist.

Den offiziellen Geldmengen M₁ bis M₃ sieht man dieses Treiben kaum an. Denn Geld, das die Banken für den Eigenhandel schöpfen, erscheint nicht in diesen Statistiken. Das tatsächliche Ausmass bleibt unklar. Unbestritten ist, dass der derivative Finanzmarkt riesig ist. Zehnmal grösser als das Welt-BIP, schätzt der Zürcher



Finanzprofessor Marc Chesney. Die Realwirtschaft und das Finanz- und Geldwesen haben sich komplett voneinander abgekoppelt und die Nationalbank kann nicht viel dagegen tun. Sie kann einer ihrer wichtigsten Funktionen nicht mehr nachkommen, der Steuerung der Geldmenge. Sie kann zwar das Nationalbankengeld billiger oder teurer machen, aber die Geschäftsbanken produzieren faktisch so viel eigenes Giralgeld, wie sie wollen. Und sie machen damit, was sie wollen.

Einen Vorwurf kann man den Banken diesbezüglich nicht machen, sie sind als private Unternehmen nur sich selber und ihren Aktionären verpflichtet, sonst niemandem: nicht der Realwirtschaft, nicht der Bevölkerung, nicht dem Staat, nicht dem Gesamtinteresse eines Landes. Da die Geldmenge aber eine volkswirtschaftlich zentrale Grösse ist, fragt sich, ob den gewinnorientierten Banken dabei eine derart grosse Macht eingeräumt werden sollte.

Staaten müssen wachsen Das ist der eine Teil der Geschichte. Der andere beginnt mit der Einsicht, dass die Gleichung «Geld gleich Schuld gleich Zinslast» nicht nur für Private und Unternehmen gilt. Zu den grössten Kreditnehmern gehört die öffentliche Hand»



» beziehungsweise Staaten. Je nach Bonität bezahlen sie für diese Anleihen hohe oder niedrige Zinsen. Damit ein Staat die Zinsen begleichen kann, muss er in der Zukunft mehr Geld haben als in der Gegenwart. Wie ein Unternehmen ist er in einem solchen Schuldsystem auf Wachstum beziehungsweise Rendite angewiesen.

Wenn er das nicht mehr schafft, hat er ein Problem: Er muss entweder die Ausgaben kürzen (was häufig nicht möglich ist) oder Steuern und Abgaben erhöhen (womit die Regierung ihre Wiederwahl gefährdet). Oder er wählt den vermeintlich einfachen Weg und verschuldet sich noch mehr. Nur ist die Abbezahlung einer Schuld keine Investition, sie wirft nichts ab. Die fehlenden Schuldzinsen müssen erneut irgendwo hergezaubert werden. Einen Zurück-Knopf gibt es nicht. Wenn die Schuldenlast zu gross wird, kommt der finanzielle Kollaps - so wie jetzt in den Krisenländern Europas.

«Bei Licht betrachtet ist die Wachstumsspirale der Wirtschaft ein sogenanntes Schneeballsystem, das darauf beruht, dass die Gewinnauszahlungen an frühere Investoren aus den Einzahlungen der neuen Investoren gespeist werden. Man zahlt alte Schulden mit neuen Schulden», sagt Hans Christoph Binswanger. Der 84-jährige Ökonom war 25 Jahre lang Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und leitete während drei Jahren das 1992 gegründete Institut für Wirtschaft und Ökologie. Binswanger, der Doktorvater Joe Ackermanns, erhielt zahlreiche Ehrungen und ist hierzulande so etwas wie der Grandseigneur der Geldtheorie: Er wird geehrt, geschätzt, befragt - und ignoriert. «Im Unterschied allerdings zu einem

klassischen Schneeballsystem entstehen im gesamtwirtschaftlichen Schneeballsystem der Wachstumsspirale reale Gewinne und Einkommenszuwächse, weil die Natur gezwungen wird mitzuspielen», sagt er weiter. Das wird sie aber nicht bis in alle Ewigkeit tun, schliesslich sind die Ressourcen der Erde begrenzt.

Dass das System der Staatsschulden nicht aufgeht, sagt nicht nur Binswanger, sondern auch ein Forschungspapier der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG), die weit davon entfernt ist, eine subversive oder systemfeindliche Institution zu sein. «Ending the Era of Ponzi Finance: Ten Steps Developed Economies Must Take» - der Titel der Studie verrät das Fazit: das Finanzsystem ist ein Ponzi-Schema, ein Schneeballsystem, das mit neuen Schulden sein Auseinanderbrechen zu verhindern versucht. Die BCG-Studie gibt zehn Anweisungen zur Verbesserung der Situation. Der erste Schritt ist der, den man auch von Alkoholikern im Zwölf-Punkte-Programm verlangt: Sich eingestehen, dass man ein Problem hat, das mit herkömmlichen Mitteln nicht gelöst werden kann. Weitere Schritte sind grosse Schuldenschnitte, höhere Steuern, drastische Einschnitte beim Gesund-

heits- und Sozialwesen sowie weitere Einschränkungen. Was die Studie nicht anspricht, ist das langfristige Dilemma, das dem System immanent ist: Die Ressourcen geben nur wenig bis kein reales Wachstum mehr her, das Geldwesen aber ist - da Geld immer eine Schuld mit Zinspflicht ist - zwingend auf ein solches angewiesen. Fraktionale Geldschöpfung wird rund um den Globus praktiziert, das System scheint alternativlos.

Vollgeld als Lösung? Dem widersprechen die Anhänger der Vollgeld-Bewegung. Der zwanghafte Geld-Schuld-Zins-Mechanismus müsse und könne gestoppt werden, da er eine gemeinsame Ursache sei für die zahlreichen Kreditblasen, die in der Vergangenheit immer wieder auftraten. «Die multiple Giralgeldschöpfung alimentiert überproportional den Kredithebel zum Zweck blosser Finanzanlagen. Zugleich vernachlässigt sie normal rentable realwirtschaftliche Investitionen», schreibt der deutsche Soziologe und Ökonom Joseph Huber. Als Ergebnis wachse die Geldmenge ungleich stärker als die Realwirtschaft. Um diesen Prozess zu stoppen und das System zu stabilisieren, müsse man den Banken das Recht der Geldherstellung (Geldschöpfung) entziehen und dem Staat zurückgeben.

Vollgeld ist keine neue Idee, die Ursprünge reichen zurück in die 1930er-Jahre, als Ökonomen der Universität in Chicago den Reserversatz der Banken nach der grossen Rezession auf 100 Prozent erhöhen wollten. Dem «Chicago Plan» wurde damals zwar viel Beachtung geschenkt, doch schon bald ging er wieder vergessen. Erst im Zuge der jüngsten Krise gewann die

Das vom Verein Monetäre Modernisierung herausgegebene Buch **Die Vollgeld-Reform** beschreibt anhand von drei Aufsätzen, wo die Probleme des fraktionalen Geldsystems liegen und wie die Situation mit Vollgeld aussehen könnte.



Vollgeldidee, eine Weiterentwicklung des 100-Prozent-Ansatzes, wieder an Aufwind. Auch in der Schweiz, wo die Bewegung durch den Verein Monetäre Modernisierung (MoMo) vertreten wird. Dessen wissenschaftlichem Beirat wohnen auch Hans Christoph Binswanger und Joseph Huber bei.

Geschäftsführer und einer der treibenden Kräfte von MoMo ist Daniel Meier. «Vollgeld will das Geld- und Finanzwesen wieder zu dem machen, wozu es ursprünglich gedacht war, zum Dienstleister für Realwirtschaft und Gesellschaft. Die letzten Jahre haben einmal mehr gezeigt, dass das jetzige System extrem instabil ist und zu destruktiven Ausuferungen führt.» Der Schweizer Arm der Bewegung hat einen entscheidenden Vorteil gegenüber seinen internationalen Mitstreitern: Er kann eine Verfassungsinitiative einreichen – und genau das plant der Verein MoMo.

Die Hoheit über die Geldmenge liegt beim Vollgeldsystem nicht mehr bei den Banken, sondern bei der Nationalbank respektive einer eigens geschaffenen vierten Staatsgewalt, der Monetative. Diese bestimmt aufgrund realwirtschaftlicher Erwartungen und unabhängig von Parlament, Bundesrat, Finanzbranche und sonstigen Interessenvertretern das nötige Geldmengenwachstum. Das neue Geld wird nicht mehr von Privaten mittels Geldschöpfung in Umlauf gebracht, sondern von der öffentlichen Hand. Der Gewinn daraus, die sogenannte Seigniorage, kommt nicht mehr den privaten Banken zugute, sondern der Allgemeinheit. «Nach heutigen Massstäben entsprechen 1 bis 2 Prozent Wirtschaftswachstum einem jährlichen Geldmengenwachstum von 4 bis 8 Milliarden Franken. Damit lassen sich jeweils 2 bis 4 Prozent der öffentlichen Ausgaben bestreiten», rechnet der Verein MoMo vor. Wenn keine zusätzlichen Ausgaben anstehen, kann die Regierung das Geld alternativ als Bürgerdividende in Form eines Mini-Grundeinkommens ausbezahlen.

Der Name leitet sich davon ab, dass Vollgeld nicht wie bisher ein Versprechen ist, sondern das gesetzliche Zahlungsmittel selber. Und da es nicht als Kredit geschaffen wird, sind auch nicht per se Zinsen fällig. Was mit dem Geld geschieht, entscheidet der jeweilige Inhaber. Er kann es sparen – zins- und risikofrei – oder investieren, wofür er je nach Höhe des gewählten Risikos mehr oder weniger Zins erhält. Der springende Punkt ist: Abgesehen vom selber gewählten Risiko ist Vollgeld – ob bar oder Giro Guthaben – zu 100 Prozent sicher.

Da Banken nur die Verwalter sind, wird das Vollgeld ausserhalb ihrer Bilanz geführt – so wie es bei Wertschriften bereits der Fall ist – und fällt bei einer Pleite nicht in die Konkursmasse. «Man könnte schlecht wirtschaftende Banken bankrott gehen lassen, ohne dass der Zahlungsverkehr zusammenbrechen würde und ein volkswirtschaftlicher Schaden entstünde. Sie wären wieder marktwirtschaftlichen Kriterien ausgesetzt wie jedes andere Unternehmen auch», sagt Daniel Meier vom Verein MoMo. Staatsgarantien wären hinfällig.

Vollgeld bedeutet keine Verstaatlichung der Banken. Diese sind weiterhin zu 100 Prozent privat. Ihre Geschäftsfelder sind dieselben wie heute: Kreditver-

mittlung mit Zinsgewinn, Vermögensverwaltung, Kontoführung, Zahlungsverkehr. Auch an den Finanzmärkten sind sie nicht eingeschränkt. Sie dürfen frei agieren, aber nicht mit selber geschöpften Mitteln.

Tilgung der Staatsschulden möglich? Einer der grössten Vollgeld-Vorteile betrifft den Abbau der Staatsschulden, die in den meisten europäischen Staaten auf die Hälfte gesenkt werden könnten. In der Schweiz wären sie sogar komplett tilgbar, sagt Daniel Meier. Man könnte es bezeichnen als einmalige Umkehrung des Taschenspielertricks, der zuvor während Jahrzehnten in die andere Richtung lief: Da bei einer Umstellung sämtliche Giralgelder der Geldmenge M₁ – zurzeit betragen diese Sichtguthaben über 300 Milliarden Franken – zu Vollgeld werden, sind sie auf einen Schlag zu 100 Prozent gedeckt. Als sie geschaffen wurden, war das nicht der Fall, die Banken mussten damals nur 2,5 Prozent hinterlegen. Da die Sichtguthaben durch Kredite (Bilanzverlängerungen) entstanden sind, werden sie den Banken jeweils wieder zurückbezahlt. Im aktuellen System verschwindet das Geld in diesem Moment wieder aus den Bilanzen der Banken (Bilanzverkürzung) und die Geldmenge schrumpft. Im Vollgeldsystem aber bleibt es bestehen. Was passiert mit diesem Gewinn? ▶▶

Werbung

Nippon? Potenzial.

Julius Bär Japan Stock Fund.
Entgegen allen Erwartungen.

Besuchen
Sie uns auf
www.jbfundnet.com
oder fragen Sie
Ihren Bankberater
nach unseren
Anlagefonds.

Swiss & Global Asset Management:
Der exklusive Anbieter der Julius Bär Funds.

www.swissglobal-am.com
The exclusive manager of Julius Baer Funds.
A member of the GAM group.

Julius Bär Funds

SWISS &
GLOBAL
ASSET MANAGEMENT

Wichtige rechtliche Hinweise: Die Angaben in diesem Dokument dienen lediglich zum Zwecke der Information und stellen keine Anlageberatung dar. Julius Bär Multistock - Japan Stock Fund ist ein Subfonds der Julius Bär Multistock (SICAV nach Luxemburger Recht) und ist in der Schweiz zum öffentlichen Anbieten und Vertrieben zugelassen. Rechtsprospekte, Wesentliche Anlegerinformationen, Statuten und aktuelle Jahres- und Halbjahresberichte sind in deutscher Sprache, kostenlos und in Papierform bei den nachfolgenden Stellen erhältlich. Schweiz - Vertreter: Swiss & Global Asset Management AG, Hardstrasse 201, Postfach, CH-8037 Zürich; Zahlstelle: Bank Julius Bär & Co. AG, Bahnhofstrasse 36, Postfach, CH-8010 Zürich. Swiss & Global Asset Management ist nicht Teil der Julius Bär Gruppe.



SNB-Präsident Thomas Jordan (Bild links) ist nicht zu beneiden: Denn sein Einfluss bei der Bestimmung der Geldmenge, eine der wichtigsten Aufgaben der SNB, ist beschränkt. Die SNB kann zwar die Zinsen senken, doch was die Banken mit dem billigen Geld machen, ist ihnen selber überlassen. Wer soll neues Geld schöpfen dürfen? Private Banken oder der Staat? Letzteres, meint dieser Mann (Bild rechts).

» Da die Banken die Kredite vor der Umstellung praktisch aus dem Nichts schaffen durften, wäre es ungerechtfertigt, wenn sie die zirka 300 Milliarden Gewinn quasi «geschenkt» bekämen. «Dieser einmalig anfallende Gewinn aus der sogenannten Übergangs-Seigniorage würde an die SNB weitergeleitet, die ihrerseits diesen Gewinn an den Bund weitergibt. So wie die SNB ja bereits heute jährlich 1 bis 2,5 Milliarden Franken an Bund und Kantone ausbezahlt. Mit diesem zusätzlichen Geld könnten die Staatsschulden zurückbezahlt werden und zwar ganz ohne Inflationsgefahr, weil die Geldmenge dadurch ja nicht vergrössert wird», so Meier. Da die Staatsschulden in der Schweiz kleiner sind als die Geldmenge M1, wäre die Schweiz nach fünf bis zehn Jahren schuldenfrei.

Dass die Staatsschuldenproblematik radikal anders angegangen werden kann, war auch das Thema eines Forschungspapiers von IWF-Ökonomen, die den 100-Prozent-Ansatz am Beispiel der USA simulierten. Resultat: Staatsschuldenrückgang von 80 auf 60 Prozent, Mehrwachstum von 10 Prozent. In Anbetracht der desolaten Lage vieler Staatshaushalte und den daraus folgenden Konsequenzen für die Bevölkerung ist auch dieser Ansatz interessant.

Aktive Rolle für die Nationalbank Die Vollgeldidee tönt in der Theorie, bestechend - aber könnte sie in einer entwickelten Volkswirtschaft funktionieren? Es gibt berechtigte Einwände. Eine der grössten Gefahren ist eine mögliche Kreditklemme, die zu unerwünschten Zinsschlägen führt. Was, wenn alle sparen wollen, aber niemand sein Geld für Investitionen zur Verfügung stellt und der Realwirtschaft das Geld fehlt? «Der Verfassungsentwurf sieht vor, dass die Nationalbank in solchen Fällen eingreifen und zusätzliche verzinste

Darlehen schaffen kann, die dem Bankensystem zum Zwecke der Kreditvergaben zur Verfügung gestellt werden. Diese Puffermasse von allenfalls 5 bis 10 Prozent der Geldmenge, die im Gegensatz zum Rest der Geldbasis nicht zinsfrei geschaffen wird, ermöglicht eine flexible und direkte Geldmengenkontrolle», sagt Meier. Sie würde auch greifen, wenn die Geldmenge gesenkt werden soll: Die Darlehen würden einfach nicht verlängert.

Eine andere Unsicherheit birgt der Devisenhandel. Wie würden andere Währungen reagieren? Man müsste es darauf ankommen lassen, findet Meier. «Wenn der Wechselkurs des Frankens sich zu stark verändert, kann die Nationalbank Massnahmen ergreifen, um den Kurs mitzubestimmen. Das tut sie heute ja auch, wie die aktuelle Eurokrise zeigt.» Dass korrigierende Eingriffe nötig würden, bestreitet Meier nicht. «Der Nationalbank würde genau wie heute eine aktive Rolle zufallen, in einem Vollgeldsystem hätte sie jedoch zusätzliche und effektivere Werkzeuge zur Verfügung.»

Doch falls Vollgeld tatsächlich funktionieren sollte, würde noch etwas anderes geschehen: Andere Länder müssten ihren Bürgern erklären, warum die Schweiz keine Schulden mehr hat und ihr Geld- und Finanzwesen tatsächlich der Realwirtschaft dient. Sie müssten nachziehen.

Ausgerechnet die Schweiz Vollgeld ist kein Heilbringer und macht weitere Reformen nicht obsolet. Aber in den Augen der Befürworter stellt es die zwingende Basis dar, damit weitere Reformen wirkungsvoll umgesetzt werden können. Aber auch Vollgeld allein verspricht sehr viel. Vielleicht zu viel, um tatsächlich funktionieren zu können. Aber auch zu viel, um nicht wenigstens diskutiert zu werden. Diese Diskussion zu lancieren ist denn auch das erste Ziel des Vereins MoMo.

Dazu muss erst die Initiative lanciert werden. «Bis Ende Jahr soll der definitive Verfassungstext stehen, im März wollen wir mit dem Sammeln der Unterschriften beginnen», so Meiers optimistischer Zeitplan. Zuvor muss noch einiges geschehen. «100 000 Unterschriften können wir als Verein nicht alleine sammeln, wir brauchen Partner.» Wer diese sein könnten, hängt auch davon ab, wie der Initiativtext im Detail aussehen wird. Linke Kräfte könnten verlangen, dass die Geldschöpfung nicht alleiniger Inhalt ist, sondern ein Teil einer kompletten Finanzmarktreform. Diese hätte wiederum bei bürgerlichen und liberalen Kräften geringere Chancen und würde zudem allenfalls einen Verstoß gegen den Grundsatz der Einheit der Materie riskieren. Dieser besagt, dass keine Anliegen vermischt werden dürfen, bei denen untereinander kein sachlicher Zusammenhang besteht.

Bei den politischen Parteien ist das Thema noch nicht angekommen. Konkret Stellung bezogen haben bisher nur die Jungen Grünen, und zwar positiv. Die einzigen politischen Spuren auf nationaler Ebene, welche die Geldschöpfung bisher hinterlassen hat, stammen aus zwei eher halbpatzig beantworteten Interpellationen der Nationalräte Lukas Reimann (SVP) und Geri Müller (Grüne). Für Klarheit sorgen die bundesrätlichen Antworten nicht, sie zeigen vor allem eines auf: Das Geldwesen ist nicht das Resultat eines Masterplans.

Dass ausgerechnet die Schweiz, die bezüglich Staatsschulden, Zinslast, Wirtschaftswachstum und Lebensqualität trotz Krise mit am besten in Europa dasteht, wohl bald als erstes Land über die Geldschöpfung diskutieren wird, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Auf der anderen Seite: Auch die Schweiz hat systemrelevante Grossbanken, die im aktuellen System gerettet werden müssen, wenn sie in Schieflage geraten. Vor allem aber hat sie mit der Verfassungsinitiative die demokratischen Mittel, diese Problematik lösen. Und auch wenn die Schweiz bezüglich Staatsfinanzen momentan gut dasteht: Auch bei uns muss das Wachstum vermehrt erzwungen und erkaufte werden. Die Zeit der grossen Innovationen, die enorme Wachstumssprünge erlauben, ist vorbei. Dafür warten hohe Kosten. Gemeint sind die hohen impliziten Schulden, die noch nicht bilanziert sind: Energiewende, ökologische Altlasten, Infrastrukturlücken, ungedeckte Rentenversprechen. Vor diesem Hintergrund macht der Versuch durchaus Sinn, den Staatshaushalt zu verbessern, solange die Situation nicht prekär ist.

Den Gürtel enger schnallen müssen wir in Zukunft sowieso. Wenn parallel dazu noch weitere Effizienzsteigerungen erfolgen und allenfalls sogar die Ressourcenverschwendung eingedämmt wird, könnte es in absehbarer Zukunft sein, dass die Realwirtschaft nicht mehr grösser werden will oder muss. Da Vollgeld kein Schuldgeldsystem ist und nicht zwingend Zins verlangt, hält es – im Gegensatz zur fraktionalen Geldschöpfung – Nullwachstum und sogar Schrumpfung aus. Dieser Diskussion über Genügsamkeit (Suffizienz) und Wachstumsrücknahme (Décroissance) wollen sich entwickelte Volkswirtschaften schon länger stellen. Warum nicht die Schweiz als erste? ■

“ Die freie Meinungsäusserung ist in unserem Land etwas sehr Wichtiges, (...) aber für mein Dafürhalten ist die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens momentan wichtiger. ”



Vielleicht hätte der Berner Polizeidirektor **Hans-Jürg Käser** seine Aussage, die er gegenüber der Nachrichtensendung *10vor10* anlässlich des chinesischen Staatsbesuchs im Mai tätigte, im Nachhinein gerne umformuliert. Doch so zeugen die Worte des FDP-Mannes von einem seltsamen Demokratieverständnis, gründet die freie Meinungsäusserung ja gerade darauf, dass jeder sagen darf, was er will. Und vor allem: Wann und wo er will.

• • •

Einen ähnlichen Faux-Pas (oder meinte er es ernst?) machte der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich, als er anlässlich der NSA-Affäre die Sicherheit zum *Supergrundrecht* erklärte. Angesichts dieser sich selber disqualifizierenden Wortschöpfung erübrigt sich jeder Kommentar.

• • •

Da hätten sich die beiden Herren mal besser den Philosophen René Descartes (1596 – 1650) – Käser dürfte ihn von seinem Philosophiestudium kennen – zum Vorbild genommen. «Ich bin zwar anderer Meinung als Sie», soll er gesagt haben, «aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen.»

• • •

Die Exil-Tibeter, die dem chinesischen Staatspräsidenten ihre Meinung mitteilen wollten, durften dann übrigens tatsächlich sagen, was sie wollten – es waren altbekannte Botschaften wie «Free Tibet» und «Don't deal with killers» – aber eben nicht wo sie wollten. Da Käasers Polizeicorps den chinesischen Staatstross hermetisch abriegelte, blieb ihr Protest ungehört und ungesehen. Das Freihandelsabkommen mit China dagegen ist, wie man der Tagespresse entnehmen konnte, unter Dach und Fach. ■